

Bürger erhöhen Druck auf Behörden

Erweiterung der Zentraldeponie: Bereits 22 Einwendungen gegen Ausbau. 200 Besucher bei Informationsveranstaltung. Regionalplan alarmiert Initiative

Von Lars-Oliver Christoph

Im Verfahren zur Erweiterung der Zentraldeponie Emscherbruch an der Stadtgrenze Herne/Gelsenkirchen geht es nun Schlag auf Schlag. Eine Bestandsaufnahme.

Die Bürger

Der Widerstand nimmt zu: Der jüngsten Einladung der Bürgerinitiative Uns stinkt's (BI) zur Informationsveranstaltung in den evangelischen Gemeindefaal an der Unser-Fritz-Straße folgten mehr als 200 Bürger - darunter auch viele Gelsenkirchener, so BI-Sprecher Heinz-Peter Jäkel zur WAZ. Eine weitere Informationsveranstaltung sei bereits in Vorbereitung.

Die Einwände

22 formale Einwendungen gegen die Erweiterung hat die Initiative bereits verfasst. 286 Bürger hätten sich durch ihre Unterschrift hinter diese Einwände gestellt, berichtet Jäkel. Die Bezirksregierung Münster als zuständige Aufsichtsbehörde muss jede einzelne Eingabe prüfen und rechtlich bewerten. In den Einwendungen führen die Verfasser an, dass eine Erweiterung zu unzumutbaren Beeinträchtigungen und Belastungen führen würden. Dabei geht es unter anderem um Lärm, Emissionen, Brandgefahren, Transporte durch Wohngebiete, eine fehlende Abdichtung unter der Deponie, Schadstoffbelastungen und den Schutz von Tieren. Weitere Einwendungen würden zurzeit noch erarbeitet, so Heinz-Peter Jäkel. Die Frist endet am 19. März. Ein öffentlicher Erörterungstermin zu der Erweiterungen und den Einwendungen



Eigentlich sollte die Zentraldeponie Emscherbruch nach früheren Planungen längst stillgelegt sein, doch nun droht Anwohnern aus Herne und Gelsenkirchen sogar eine Erweiterung. Dagegen laufen Bürger und Politiker Sturm. FOTO: J. KLEINE-BÜNING

soll voraussichtlich im Mai stattfinden, so ist zu hören.

Die Politik

Die Politik in Gelsenkirchen und Herne ist sich offenbar einig: Die vom Deponiebetreiber Abfallentsorgungsgesellschaft Ruhr (AGR) beantragte Erweiterung unter anderem auch um gefährliche Stoffe der sogenannten Deponieklasse III wird einhellig abgelehnt. Das ist aber „nur“ ein Signal: „Leider hat die Politik hier keine Einflussmöglichkeiten“, sagt Manfred Leichtweis (SPD), Vorsitzender des Gelsenkirchener Umweltausschusses. Federführend und Herr des Verfahrens ist die Bezirksregierung Münster, die nach Abschluss des Plan-

feststellungsverfahrens die Entscheidung treffen wird. Sowohl in Gelsenkirchen als auch in Herne finden in Kürze (Sonder-)Sitzungen zur Deponieerweiterung statt (siehe Kasten).

Die Stadtverwaltungen

Die Verwaltungen in Gelsenkirchen und Herne können und werden in dem Verfahren eine Stellungnahme zum AGR-Antrag abgeben. Die Stadt Herne erarbeitet diese zurzeit und wird sie Anfang März in der gemeinsamen Sitzung des Umweltausschusses und der Bezirksvertretung Wanne vorstellen (siehe Kasten). Manfred Leichtweis geht davon aus, dass die Stadt Gelsenkirchen in der Sondersit-



Heinz-Peter Jäkel (Bl; li.) und Manfred Leichtweis (SPD) FOTOS: SB, MM

zung des dortigen Umweltausschusses und der Bezirksvertretung am kommenden Mittwoch zumindest mündlich über ihre Einschätzung zur Erweiterung informieren wird.

Der Regionalplan Ruhr

Die Initiative schlägt nicht nur in Sachen Erweiterung Alarm. Der derzeit diskutierte Regionalplan Ruhr sehe unter anderem die zeitlich unbefristete Nutzung von eingetragenen Deponiestandorten vor, so BI-Sprecher Jäkel. Darauf hat die Initiative auch Oberbürgermeister Frank Dudda in einer Einwohneranfrage für den Rat hingewiesen. Eine Festschreibung würde die Ungleichheit der Lebensbedingungen für jene Bürger verfestigen, die bisher schon mit der Deponie leben müssten, so Jäkel. Die Initiative nimmt Dudda auch persönlich in die Pflicht - ist dieser doch Vize des Ruhr-Parlaments des Regionalverbands Ruhr (RVR) und Mitglied im Aufsichtsrat der RVR-Tochter AGR.



Rund 200 besorgte Bürger folgten der Einladung zur zweiten Informationsveranstaltung der BI Uns stinkt's ins evangelische Gemeindehaus. FOTO: KLAUDIA SCHOLZ

Die Sitzungen in Herne und Gelsenkirchen

- Die Sondersitzung des **Gelsenkirchener Umweltausschusses und der Bezirksvertretung Ost** beginnt am Mittwoch, 20. Februar, um 15.30 Uhr in der Aula der Gerhart-Hauptmann-Realschule (Mühlbachstraße 3).
- Die gemeinsame Sitzung des **Herner Umweltausschusses und der Bezirksvertretung Wanne** findet am Mittwoch, 6. März, statt (16 Uhr; Rathaus Wanne).